

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

26 (30.12.1846)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 26.

Karlsruhe, Mittwoch den 30. December.

1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

(Ausgleichsabgabe von Wein.) Der freie Verkehr im Innern von Deutschland, so weit es zum Zollverein gehört, erleidet noch mehrere Ausnahmen. Es gibt Landesprodukte, welche nicht frei von einem Vereinsstaat in den andern übergeben dürfen, sondern eine Abgabe entrichten müssen, die man früher Ausgleichsabgabe nannte, in neuerer Zeit aber Uebergangssteuer nennt. Wenn im Zollverein die Abgabe auf inländische Erzeugnisse, als Wein, Bier, Tabak, überall gleich wären, wie die Zölle, welche von ausländischen Erzeugnissen beim Eingange erhoben werden, so hätte man nicht auf den Gedanken kommen können, den Verkehr mit Landesprodukten im Innern mit Abgaben zu belästigen. Diese sind also eine Frucht der Verschiedenheit der Besteuerung inländischer Erzeugnisse in den Vereinsstaaten. Preußen z. B. hat eine Moststeuer, die je nach der Güte des Weins  $\frac{1}{4}$  bis  $1\frac{1}{4}$  Thlr. ( $26\frac{1}{4}$  fr. bis 2 fl.  $2\frac{1}{2}$  fr.) vom Eimer beträgt (1 Eimer gleich  $69\frac{1}{4}$  Liter). Weinbau wird hauptsächlich nur in der Rheinprovinz getrieben, wo die mit Reben besetzte Fläche 48,969 Morgen beträgt (1842), wozu in den Provinzen Posen, Schlesien, Sachsen und Brandenburg noch 13,342 Morgen kommen. Der durchschnittliche Ertrag wird in den Rheinprovinzen auf 359,053 Eimer, in den übrigen Landestheilen auf 29,043 Eimer angeschlagen. Da nun die Einnahme aus der Moststeuer nur auf etwa 95,000 Thaler angeschlagen wird, so geht hieraus schon hervor, daß nur sehr wenige Weinberge den höheren Sätzen unterliegen, und dies ist auch nur bei einigen ausgezeichneten Lagen an der Mosel der Fall. Dazu kommt noch, daß die Moststeuer in minder ergiebigen Jahren theilweise oder ganz nachgelassen wird. In neuerer Zeit aber wird die Moststeuer den Produzenten zwar berechnet, aber erst bei dem Verkauf von den Käufern erhoben. Nach dem Zollvereinsvertrag darf nun Preußen von dem Wein aus andern Vereinsstaaten, welche die Moststeuer nicht haben, so viel erheben, als diese ausmacht, aber nicht mehr und nicht in einer lästigeren Weise. Es erhebt jedoch von dem Centner Wein aus Baden und Rheinbairern 25 Groschen; das macht auf die badische Dhm ( $3\frac{1}{2}$  Centner) 2 Thlr. 29  $\frac{1}{2}$  gr. oder 5 fl.  $13\frac{1}{4}$  fr., während der höchste Satz der Moststeuer 4 fl. 29  $\frac{1}{2}$  fr. betragen würde. Daher zahlt der vereinsländische Wein aus diesen Ländern bei dem Uebergange nach Preußen mehr als der höchste Satz der Moststeuer beträgt, und zwar auch in solchen Jahren, wo diese in Preußen nur theilweise oder gar nicht erhoben wird. Die Moststeuer trägt nicht viel ein und könnte daher zur großen Erleichterung der Weinproduzenten aufgehoben werden. Daß sie fortbesteht, hat daher wohl nur den Zweck, um darin einen Vorwand zu haben, den aus andern Vereinsstaaten eingehenden Wein in Preußen zu besteuern. Daß dies aber in höherem Maße und in

lästigerer Weise geschieht — indem nicht nur ohne Unterschied der Qualität mehr erhoben wird, als vom besten Moselwein, sondern auch die lästige Zollbehandlung eintritt, dies steht im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrag.

Bei der Verlängerung des Zollvereinsvertrags ist nun der Name „Ausgleichssteuer“ in „Uebergangssteuer“ verwandelt und daran die Bestimmung geknüpft worden, daß dieselbe nur dann wegfallen solle, wenn die übrigen Staaten nicht nur die Moststeuer wie in Preußen einführen, sondern auch den Ertrag nach der Bevölkerung theilen, wie die Zollgefälle; die eigentlichen Weinländer müßten daher einen großen Theil der Einnahme aus dieser Steuer an Preußen abgeben. Gegen diese unbilligen, dem Geiste der Zollvereinigung und den Bestimmungen der Verträge zuwiderlaufenden Verhältnisse haben die Stände in Baiern und Baden Einsprache erhoben und die Regierungen haben eine Ermäßigung der übertriebenen Sätze der Uebergangssteuer in Preußen beantragt, bis jetzt ohne Erfolg. Die Wirkung derselben zeigt sich — wie unlängst die Speyerer Zeitung bemerkte, — gerade in diesem Jahre recht deutlich. Während nämlich in früheren Zeiten, — ehe die Rheinlande preussisch wurden — die Hauptausfuhr der pfälzer Weine dorthin ging, ist in diesem Jahre zwanzigmal mehr nach den Vereinsländern, die keine Uebergangssteuer erheben, als nach Preußen abgegangen. Die Herstellung eines völlig freien Verkehrs im Innern aber ist einer der wichtigsten Zwecke des Zollvereins, und es sollte nichts versäumt werden, um die noch vorhandenen Ausnahmen zu beseitigen.

(Das deutsche Parlament.) Im Jahre 1816 schrieb Barnhagen von Ense in eine deutsche Zeitung einen Aufsatz, von dem er (im 7. Bande seiner Denkwürdigkeiten und vermischten Schriften) sagt, er verdiene wohl eine Wiederholung im Jahre 1846. Nachdem er von der „deutschen Einheit“ gesprochen und was damit gemeint sein könne, von der Bundesakte und dem, was sie zu wünschen übrig lasse, heißt es weiter: „Nur der Geist, der den dreizehnten Artikel eingegeben hat, der leuchtet hell und klar in die Zeit. Dieser merkwürdige Artikel, der in der Bundesakte jetzt (1816) eine auffallende Erscheinung macht und mit den übrigen Artikeln so wenig gemein hat, daß er wie aus einem ganz andern System von Grundsätzen hervörührend und hierher gleichsam nur verschlagen steht, dieser Artikel zeigt in seiner jetzigen Isolirung gleichwohl das Gebiet von Grundsätzen, aus welchen die durch mehrjährige Bundestage umgestaltete künftige Bundesakte ganz und gar hergeleitet sein wird. Verhehlen wir es denn nur nicht, da

doch schon der Keim dieser Erkenntnis durch die höchsten Staatsmänner selbst mit weiser Hand ausgestreut worden ist; sagen wir es heraus: daß es mit dem deutschen Bunde nicht eher etwas Rechtes werden kann, als bis, wie jetzt die Abgesandten der deutschen Fürsten und freien Städte sich mit den Instructionen der Regierungen zum Bundestage versammeln; eben so auch die Abgeordneten der deutschen Völker, als höchste Reichsstände des gemeinsamen Vaterlandes, mit den Instructionen der Stände sich zu einem großen Landtage versammeln und mit jener Versammlung gemeinschaftlich das Vaterland berathen. Wenn dann die Regierungen nicht mehr ein Staatenband zu trennen vermögen, das zugleich ein Volksband ist, und alle Versuche des Auslandes unmittelbar auf die große Körperschaft des gesammten deutschen Volkes treffen, dann werden die Deutschen erst wahrhaft verbunden sein und eine Einheit bilden, die, weit entfernt, wie man fürchten wollte, den jetzigen Fürstenrechten gefährlich zu sein, gerade deren sicherste Befestigung werden muß.“ So sprach ein deutscher Diplomat im Jahre 1816; weil aber das Volk nicht so gesprochen, darum ist weder der dreizehnte Artikel der Bundesakte in allen Staaten erfüllt, noch eine deutsche Kammer am Bundestag.

(Auswanderung). Die oberheiniische Zeitung bringt aus einem Brief von Auswanderern aus dem Hanauischen (Diersheim, Linz und Freistett), welche über Havre reisten, Nachrichten, welche weder für den dortigen neu ernannten badischen Consul, noch für die dortigen Häuser, welche sich mit der Beförderung von Auswanderern abgeben, noch für deren Agenten günstig lauten. Ihr Vertrag war mit H. Steinmeyer in Achern abgeschlossen und der Betrag voraus bezahlt, aber die Bedingungen wurden schlecht erfüllt. Sie erklären, daß sie von Mannheim nach Havre schlecht befördert und überaus grob und schlecht behandelt wurden; daß sie in Rotterdam auf eigene Kosten zwei Tage zubringen und von da auf dem Schiffe nach Havre drei Nächte (Ende November) auf dem Verdeck bei ihren Kisten in Wind und Wetter bleiben mußten. Von Havre sollten sie nach ihrem Vertrag am 24. November in die See gehen; sie kamen aber erst am 4. December weiter. Für jeden Tag Verzögerung war ihnen eine Entschädigung von 42 Kreuzern für die Person zugesagt. Als sie bei der Agentur von Courteville, Lemaitre und Compagnie in Havre diese Entschädigung ansprachen, jagte man sie aus dem Bureau fort. Sie wandten sich an den badischen Consul, mit welchem Erfolge, — davon sagen sie nichts, aber man kann es aus dem Umstande abnehmen, daß sie sich zu dem hessischen Consul begaben, dem sie das Zeugniß eines redlichen, ächten Deutschen ausstellen, welchem es auch durch sein kräftiges Auftreten gelang, ihre Forderungen zu befriedigen.

(Der Krieg der vereinigten Staaten gegen Mexico). Ein Brief aus Washington vom 24. November in der allgemeinen Zeitung berichtet, daß die Regierung unerhörte Anstrengungen mache, um die Mexikaner auf allen Punkten zugleich anzugreifen. Alles Bisherige sei nur Vorspiel; man werde bald ganz andere Dinge sehen. Tampico und Vera Cruz sollen angegriffen, alle mexikanischen Häfen und Uferplätze am Meerbusen, welche nur den geringsten Widerstand leisten, zusammengeschossen werden. (Tampico ist am 14. November von den Amerikanern besetzt worden). Keine einzige Flussmündung soll im Besitze Mexiko's bleiben. Ober-Californien ist bereits politisch organisiert und als Gebiet in die Vereinigten Staaten aufgenommen. Unter-Californien soll von der Flotte im stillen Ocean angegriffen werden und kein Hafen an der Küste den Mexikanern bleiben. Dann ist Mexiko von der See abgeschnitten und verliert gegen drei Fünftheile seines Gebiets. Neun weitere Regimenter Freiwillige sind in den Dienst der Vereinigten Staaten aufgenommen worden, und zu diesen werden wohl bald noch zwanzig neue kommen. — Ein Anlehen von 5 Millionen ist unter günstigen Bedingungen im Lande abgeschlossen worden und englische Kapitalisten haben weitere Anerbietungen gemacht. Der Krieg gewinnt immer mehr den Anschein eines Nationalkrieges und wird daher mit aller Kraft geführt werden. Dieser Krieg interessiert uns Deutsche sehr, denn viele Landsleute wohnen drüben, viele von ihnen haben sich im Felde hervorgethan, der Zug nach Amerika ist immer noch im Wachsen, Deutschland wird in unmittelbarem, lebhafteren Verkehr mit den Vereinigten Staaten kommen, welcher nicht ohne Einfluß auf die Zukunft unseres Vaterlandes bleiben wird. Am 7. December ist die Sitzung des Congresses eröffnet worden, man wird daher bald aus der Botschaft des Präsidenten Näheres erfahren.

#### Frequenz der Gr. Bad. Eisenbahn im November 1846.

Personentaren wurden erhoben von 159,464 Personen	81,853 fl. 6 fr.
Untermweg erhobene Fahretaren . . . . .	247 „ 6 „
Gepäckstaren . . . . .	4,346 „ 45 „
Lagergebühren . . . . .	40 „ 27 „
Equipagentransporttaren . . . . .	1,672 „ 7 „
Viehtransporttaren . . . . .	1,951 „ 3 „
Gütertransporttaren von 239,388 Str. 22 Pfd. an den verschiedenen Stationen von Mannheim bis Freiburg angekommenen und von 239,388 Str. 22 Pfd. eben da selbst abgegangenen Gütern . . . . .	82,583 „ 11 „
Summe der Einnahmen . . . . .	162,693 fl. 46 fr.

## Briefe.

Mannheim, 26. September. Die Versammlung, welche gestern Abend in den Rheinausal berufen worden war, um der bürgerlichen Theaterverwaltung den Stab zu brechen, hat derselben für ihre treffliche, mit Hingebung und Opfern verbundene Leitung dieser Kunstanstalt ihren Dank ausgesprochen, und zwar durch eine Abstimmung, woran nur Bürger Theil nahmen, die ihre Namen in Stimmlisten eintrugen, mit Einhunderteinunddreißig gegen Sechs Stimmen. So ist die gewaltige Agitation gegen die liberale Bürgerschaft, — wie wir vorausgesagt haben — als Seifenblase zerstoßen, obgleich die beiden Individuen, welche als Werkzeuge der bürgerfeindlichen Partei austraten, um die Menge zu beihören, materielle Interessen, Mehlstroci und Brodpreise, künstlich eingeflochten hatten. Einen Fortschritt zum Besseren haben wir in dem Umstande wahrgenommen, daß diese Versammlung nicht verbeien wurde, was vor einem Jahre mehreren andern begegnete, sogar einer geschlich berufenen Versammlung des großen Ausschusses. Freilich war die gestrige Versammlung nicht von liberalen Bürgern berufen, es war mit ihr nicht ein Sieg, sondern eine Niederlage des selbstständigen Bürgerthums beabsichtigt. Ob nun hierin, oder in einem geänderten System, welches den Gesetzen über Vereins- und Versammlungsrecht größere Achtung zollt, der Grund liegt, warum die Polizei sich diesmal des Einschreitens enthielt, mag dahin gestellt bleiben. Wir wollen das Letztere annehmen, obgleich aus Privatäußerungen der beiden vorgedachten Individuen von vornehmer Gesellschaft, genossenem Champagner und voreiliger Siegesfreude, das Erstere gefolgert werden könnte. Sei dem, wie ihm wolle, so hat die gestrige Versammlung bewiesen, daß angebliche Besorgnisse wegen Ruhstörung kein stichhaltiger Vorwand sind, um öffentliche Versammlungen zu verbieten. Es war der Abend des ersten Christtags. Saal und Gallerien gedrängt voll. Nicht allein Bürger, auch Herren, deren Stand an der Kleidung zu erkennen ist, staatsbürgerliche Einwohner aller Klassen, junge Leute, auch Menschen von übler Miene, — kurz, eine nach Stand, Alter und Gemüthung sehr gemischte Gesellschaft, war beisammen. Auch wurde hie und da ein Redner unterbrochen, ein Ausruf gehört, Beifall und Mißfallen gezeigt; aber jeder Störungversuch wurde augenblicklich gedämpft, kein Unfug geduldet; Verhandlung und Abstimmung hatten ihren regelmäßigen Verlauf und Abschluß. Möge dieses Beispiel dazu dienen, künftig mit Verboten von Versammlungen zurückhaltender zu sein; die freie Bewegung ist gesund; ihre Unterdrückung kann gefährlich werden. Gewaltig verrechnet hatten sich die Anstifter des Sturmes gegen die Theaterverwaltung — eigentlich gegen das selbstständige Bürgerthum. Ihr Werkzeug hatte noch Tags zuvor in einem gewissen hiesigen Blatte den Mund sehr voll genommen: „Der fanatikusfreie Theil des Bürgerthums reißt die mächtigen Gliedmaßen, erröthend über seine bisherige Schwäche,“ — „die Enttäuschung nach dem letzten Landtage hat einen neuen Gedanken geboren, der gegenwärtig hier sein erstes Lebenszeichen von sich gibt,“ — „in Beziehung auf das Theater wird es sich in Kurzem aufgeklärt haben, in wiefern das Lob des Rundschau-Correspondenten auf die Theaterverwaltung ein verdientes war“ u. s. w. — Nun, es hat sich aufgeklärt. — Noch in seinem Vortrage in der Versammlung

war jenes Individuum aufgeblasen, übermüthig und schleuderte die schwersten Anklagen gegen die Verwaltung. Nachdem aber durch Zurschickung der Versammlung Hr. Heinr. Hoff, Buchhändler, zum Präsidenten ernannt worden und es sich durch diese Wahl schon herausgestellt hatte, daß die Kabale scheitern mußte; nachdem Herr Dr. Ladenburg, welchem der Preis des Abends gebührt, mit Ruhe und Bestimmtheit das ganze Treiben hinter diesem Theatervorhang aufgedeckt und die Verwaltung gegen die grundlosen Anschuldigungen gerechtfertigt, auch zwischen ihr und der früheren adeligen Verwaltung, auf Zahlen und Thatfachen gestützt, eine Vergleichung gezogen hatte; da wurde Jener kleinlaut, klagte bitter, daß Diejenigen, die ihn vorgeschoben, ihn im Augenblick des Kampfes stecken ließen, erklärte, es sei ihm ganz gleichgültig, wer Intendant sei, wenn nur das Mehlstroci abgeschafft werde, behauptete, die Hälfte der Bäder sei dem Untergang nahe und bat, man möge, wenn auch seine Ansicht geschlagen sei, doch seinen guten Willen anerkennen. Statt seiner Anklage gegen die Theaterverwaltung begnügte er sich zuletzt mit dem Wunsche, daß die Theaterverhältnisse einer Prüfung unterworfen werden möchten. Allein mit richtigem Takt erkannte die Versammlung hierin einen Kniff (so wurde es ausdrücklich genannt), eine Verdachtsklärung gegen die Verwaltung, welcher erst vor Kurzem, nach der Rechnungsablage vom letzten Jahre, von den Gemeindebehörden Zufriedenheit und Dank ausgedrückt worden war. Es wäre überflüssig, die vollständige Niederlage der bürgerfeindlichen Partei, welche durch die Vorträge des Hrn. Gemeinderaths Dr. Hecker und des Ausschussmitglieds Dr. Eller besiegelt wurde, weiter auszumalen. Wir bedauern die beiden Männer, welche sich in einer so faulen Sache ihren Mitbürgern entgegenstellen ließen; aber wir sind stolz darauf, einer Bürgerschaft anzugehören, welche mit so vieler Einsicht das Treiben ihrer Gegner durchschaut und es eben so würdig als entschieden zurückzuweisen versteht.

Die Rheinbrücke ist seit dem 23. wieder aufgeführt, und der regelmäßige Verkehr mit dem linken Ufer wieder hergestellt, was besonders für die Zeit der Feiertage für die hiesige Stadt von Bedeutung ist. Inzwischen ist bereits wieder Kälte eingetreten, so daß die Schifffahrt nicht in Bewegung kommen konnte. Die Volkszählung hat gezeigt, daß die hiesige Bevölkerung nicht im Verhältnisse mit anderen Städten zunimmt. Mannheim zählt 23,773 Seelen, worunter 930 Militärpersonen. Nach den Confessionen eingetheilt sind darunter 11,212 Katholiken, 10,786 Evangelische, 181 Deutschkatholiken, 1570 Juden, 24 Mennoniten.

Nachschrift vom 27. Nach dem heutigen Morgenblatte haben die „radikalen Vorkühler“ in der Versammlung vom 25. eine Niederlage erlitten. Der Berichterstatter war aber — wie er angibt — „noch so erregt von der in den Annalen einzig dastehenden Verhandlung,“ — daß er es nicht über sich gewinnen konnte, das Ergebnis der Abstimmung mitzutheilen.

## Verschiedenes.

Der gesetzgebende Körper in Frankfurt hat beschlossen, daß seine Sitzungen künftig öffentlich sein sollen; die Mittheilung dieses Beschlusses in den Zeitungen wurde aber von der Frankfurter Censur gestrichen. Dies war sehr gut, denn der gesetzgebende Körper empfand nun zum erstenmal die Schmerzen

der Censur und fieng an, sich zu regen. Ein ärztliches Mitglied desselben, Herr Dr. Hofmann, hielt einen Vortrag über die Censurkrankheit, welche zwar nur durch die Pressfreiheit gründlich gehoben werden könne; da aber dieses Mittel in Frankfurt dormalen nicht zu haben sei, so sollten wenigstens die innern Frankfurter Angelegenheiten vor dem Streichfieber einigermaßen geschützt werden, wozu es ja die eben so freie Stadt Hamburg bereits gebracht habe. Das ist wenigstens ein Anfang, der, folgerichtig weiter führend, den gesetzgebenden Körper dahin bringen kann, daß er, statt seine Beschlüsse von der Censur streichen zu lassen, den Beschluß faßt, die Censur zu streichen.

Die städtischen Behörden in Stuttgart haben eine Eingabe an den ständischen Ausschuss für Deffentlichkeit der Gemeinderathsverhandlungen beschlossen.

Der berühmte Schriftsteller, Professor und Redner, welcher in Europa durch seine Censurmotion so großes Aufsehen erregte, daß ihn eine gewisse Stadt am Main nicht mehr in die Kammer zu wählen wagte, fährt fort, seinen Platz im Morgenblatt mit Artikeln gegen die Rundschau auszufüllen, worin er sich unter Andern den „todten Percy“ nennt, nachdem er schon zur Zeit der für ihn so unglücklich ausgefallenen Wahlen behauptet hatte, er sei in seiner Abwesenheit erdolcht worden. Hatte er schon in seiner Travestie des Iphigenestes eine seltene Virtuosität bewiesen, das Gegentheil der Wahrheit in möglichst vielen Worten auszusprechen, und dadurch seinen Beruf zum Lehrer wie zum Volksvertreter zu bethätigen — leider glaubten ihm die Wahlmänner nicht — so übertreffen doch seine neuesten Leistungen alles Frühere an Wiederholungen, so wie an einer Artigkeit, die man Affenartigkeit zu nennen pflegt. Wir empfehlen diesen Ritter von der traurigen Gestalt mit neuer Perücke allen Blättern, welche der konservativen Partei angehören, als publizistischen Thersites; er spricht mehrere Sprachen mit außerordentlicher Geläufigkeit, nur Eine nicht, die Sprache der Wahrheit, die er weder sprechen, noch schreiben, weder hören, noch lesen kann; allein bei seinen sonstigen vortrefflichen Eigenschaften hat dies wenig zu bedeuten — für die Richtung, welcher er angehört. Er hat auch den Vorzug, eine Gesinnung, die er früher hatte, geändert zu haben, wie viele andere große Männer der Rückschrittpartei. Diese ist ihm Ersatz schuldig für große Verluste, welche er durch seinen keineswegs freiwilligen Rückzug aus der Kammer erlitten hat, wodurch er sehr übler Laune geworden ist.

Nach der eidgenössischen Zeitung hat die Regierung von Zürich den deutschen Schriftsteller Karl Heinzen ausgewiesen, weil den eidgenössischen Kommissären, welche nach München gesendet waren, um die Zurücknahme oder Ermäßigung des Ausgangszolls auf Lebensmittel zu bewirken, dort bemerkt worden wäre, der Aufenthalt von Heinzen in Zürich, wo er Schriften, wie der deutsche Tribun herausgibt, mache einen unangenehmen Eindruck. Die Fortweisung aus solchem Grunde wird in der Schweiz auch Eindruck machen, zumal da der Ausgangszoll doch stehen bleibt.

Der Rheinische Beobachter hatte unlängst geschrieben, daß die Einverleibung von Krakau den kleinern deutschen Staaten Besorgnisse einflöße, indem sie darin einen Beweis fänden, wie leicht es den größern Mächten wird, die kleinern sich einzuverleiben. — Darauf berichtet nun der Nürnberger Korrespondent aus Preußen, daß diese Aeußerungen in höheren

Kreisen einen peinlichen Eindruck gemacht haben. — Das ist wohl möglich; es ist dies eine Sache, von der man nicht gern spricht oder sprechen hört. Der preussische Korrespondent nennt auch die Aeußerungen nicht unrichtig, sondern nur unvorsichtig.

In Mainz wurde in der Woche vor Weihnachten Wilhelm Tell aufgeführt und einige Stellen mit lebhaftem Beifall begleitet, z. B. „die alten Rechte, wie wir sie ererbt von unsern Vätern, wollen wir bewahren, nicht ungenüßelt nach dem Neuen greifen u. s. w.“ — Am 23. sollte Wilhelm Tell wieder gegeben werden, allein die Aufführung — ist verhindert worden!

In Brüssel erscheint eine deutsche Zeitung; kaum angeündigt, ist sie in Preußen und Sachsen verboten worden; die französischen sind dort erlaubt; in Amerika auch die deutschen.

Die zweite hannoversche Kammer hat bei der (dritten) Schlussabstimmung das Prozeßgesetz mit dem geheimen, schriftlichen Verfahren, mit 42 gegen 37 Stimmen angenommen. Das Land bedauert diese Abstimmung, welche es durch seine Wahlen verschuldet hat.

Bayern, welches zuerst den schweren Ausgangszoll auf Lebensmittel gelegt hat, welchem sich Würtemberg und Baden angeschlossen, beschwert sich gegen Oestreich, weil dieses nun ebenfalls die nämliche Maßregel ergriffen hat, und will nun auch die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Tyrol ganz verbieten. Aber — „was Du nicht willst, daß Dir geschieht, das thu' auch keinem Andern nicht.“

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.

### Anzeige.

Ein nützliches und interessantes Werk für Jedermann.

Das

## Wissenswürdigste vom Menschen.

In zwei Abtheilungen.

Für die reifere Jugend und das Volk bearbeitet

von

Dr. P. Zheuerle.

8<sup>o</sup> brosch. 250 Seiten stark. Preis nur 12 $\frac{1}{2}$  Sgr. — 45 kr.  
Elegant gebunden fl. 1. 6 kr.

Diese vorzügliche Schrift verdient die wärmste Empfehlung. Was wäre für den gebildeten Menschen nützlicher und interessanter zugleich als die Kenntniß des Menschen selbst, des wunderbarsten Geschöpfes der Welt, hinsichtlich seines Körpers und seiner Seele. — Selbsterkenntniß ist die Aufgabe des Menschen. Um diese zu erlangen, muß er den Körper und Geist kennen, indem beide zusammen die Persönlichkeit eines jeden Menschen ausmachen und so in einander verflochten sind, daß Eines nur gefannt, das Andere darunter leidet oder zu Grunde geht. — Das vorliegende Werk, höchst belehrend und allgemein faßlich geschrieben, behandelt diesen Gegenstand in entsprechender Weise; es erklärt dem Menschen das Wunder des Herzschlags, die Beschaffenheit der Knochen, der Muskeln, des Gehirns und Rückenmarks, der Nerven, der Sinne und Sinneswerkzeuge u. s. w. und in geistiger Beziehung die Temperamente, Gemüthsbewegungen und Leidenschaften, den Willen und Character und läßt ihn so die innersten Falten seines Herzens erkennen.

Der Preis ist so billig gestellt, daß die Anschaffung auch dem Unbemittelten möglich ist. Wir erlauben uns, auch sämmtliche Herrn Lehrer auf dies nützliche, zugleich in einem fasslich religiösen Geiste geschriebene Buch aufmerksam zu machen.

Die Verlagsbuchhandlung von Heinrich Hoff in Mannheim.